Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.38 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 3 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67877.

Nr. 17. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 20. Januar 1933. | 15. Jahrgang.

Wer sich im Kleinen ganz verliert,
Wird Großes nie genießen,
Und wer sich nur das Große kürt,
Wird beides sich verschließen.

Viktor Blüthgen.

Was ist Bolschewismus?

Von Gustav Sondermann.

Wenn hier im „Aufwärts" hin und wieder der Gedanke vertreten wird, ein engerer Anschluß nach dem Osten, besonders nach Rußland, liege im Interesse Deutschlands, dann sind einzelne Leser der Meinung, es sei vom christlichen Standpunkte aus nicht zu verantworten, einem Anschluß an das „gottlose" Rußland das Wort zu reden. Was wir aber mit und in den westlichen „Kulturstaaten" in den letzten 20 Jahren erlebt haben, zwingt doch zu der Ueberlegung, nach welcher Richtung hin Deutschland sich orientieren muß, wenn es überhaupt nicht geht ohne Anschluß an irgendwelche Nachbarstaaten. Jedenfalls halten wir es nicht für überflüssig, die Leser auch mit den Gedanken des nachfolgenden Artikels bekannt zu machen, der die Frage in sehr ernster Weise behandelt. Welche Wege Deutschland in der Zukunft noch gehen wird oder gehen muß, kann ja niemand mit aller Bestimmtheit sagen. Man soll aber nicht versäumen, sich auch mit den hier vertretenen Gesichtspunkten vertraut zu machen. Die Schriftleitung.

Dr. F. Meiers klare Formulierung in Nr. 280 des „Aufwärts" 1932: Ostpolitik oder Untergang! — ist erfreulich, weil sie unerschrocken das Notwendige sagt, man muß sie möglichst dick unterstreichen, denn sie wird verschiedene Gegner haben. Brockdorff-Rantzaus Wort, daß Versailles nur durch Moskau korrigiert werden könne, ist noch viel zu wenig bekannt. Auch daran denkt man nicht, daß Rußland der einzige frühere Feindstaat ist, der uns nichts genommen und auf sein im Versailler Vertrag anerkanntes Recht auf Reparationen verzichtet hat. Der deutsche Bürger beobachtet nicht scharf genug, daß Frankreich mit Versailles einen Zustand seiner Vorherrschaft begründet hat, den es jetzt durch allerlei Ideologien (auf deutsch: Sprüche) auszubeuten sucht; unter diesen Sprüchen erklingt am sonorsten das Wort von „Europa". — Europa sagt man, Frankreich und seine Vormachtstellung in Europa meint man. Wer „Europa" will, will Versailles. — wer Versailles vernichten will, muß Europa nicht wollen — das ist zu einem politischen Gesetz geworden, dem jeder verfällt, der sich dem Westen zuwendet, gleichviel, welche Begründung er für diese Blickwendung haben mag. Aus diesem Grunde haben all die Jahre seit Versailles die Feinde nichts mehr gefürchtet, als jene Wendung Deutschlands, die die natürliche wäre: Abwendung Deutschlands von seinen Peinigern — Hinwendung zu einer Politik mit Rußland. Man erinnere sich an die Aufregung unserer Feinde über Rapallo! Deshalb wird unsere Einstellung zur Ostpolitik immer ein Kennzeichen sein für die Ehrlichkeit unserer Einstellung gegen Versailles. Vielleicht macht man von hier aus sich einmal Gedanken über die Absurdheit der Kreuzzugidee — nicht absurd etwa von Frankreich oder Rom aus gesehen — aber absurd ist es, wenn deutsche Menschen davon reden und noch absurder wird es, wenn deutsche, protestantische Kirchenführer neben Römern und Juden für diese selbstmörderische Idee werben. Wer diese Jahre mit hellen Augen beobachtet hat, muß Mißtrauen haben beim Worte „Europa". Der alte kulturelle Begriff „Europa besteht nicht mehr, Frankreich hat ihn mit seinen Negerregimentern zerstampft — heute ist es ein politischer Begriff, der unsere Versklavung ebenso bedeutet wie die Vorherrschaft Frankreichs. Damit sollte man keinen Deutschen mehr gimpeln können!

Aber — nun kommt das große „Aber" des deutschen Bürgers, der mit mehr oder weniger pathetischer Geste den lehrreichen Finger erhebt und mit gerunzelter Stirne gegen uns schleudert: „Aber der Bolschewismus!"

Man gestatte eine Zwischenbemerkung: das Volk der Denker und Dichter zeichnet sich dadurch aus, daß es sich ausländische Schwätzer als Dichter hat aufhängen lassen und daß es bei den wichtigsten und meist gebrauchten Begriffen seines öffentlichen Lebens nicht mehr denkt; so ein Begriff ist wie eine Wurst, in die man alles hineinstopft, was im Gefühl kunterbunt herumliegt — bei Bedarf wird sie angeschnitten und serviert. Was der Bürger nun nicht mag und was er fürchtet, das wird in die Wurst „Bolschewismus" hineingestopft — eine bequeme Ausrede für eigene Faulheit und eine wunderbare Kulisse für die eigene Vortrefflichkeit: „Bolschewismus."

Wenn man einmal diesen Begriff einer näheren Besichtigung unterzieht, findet man eine Reihe von „Anti-Gefühlen" und als Grundstimmung eine große Angst, bei denen allen man erstaunlicherweise entdeckt, daß das Objekt dieses Anti — dieses Gegen — bei uns in „Europa" ebenso zu finden ist wie in Rußland, und daß letzten Endes diese große Angst nichts anderes ist, als die Angst — vor sich selber, vor dem eigenen Wesen!

Nehmen wir die einzelnen Vorwürfe her, wie sie gerade aus der Wurst herausfallen (wobei wir die Behauptungen gegen den Bolschewismus als richtig unterstellen, obwohl wir uns dessen bewußt sein sollten, daß über nichts schwerer die Wahrheit zu erfahren ist als über Rußland und den Bolschewismus.)

Vernichtung des Privateigentums? Gerade wenn man das Privateigentum bejaht, wenn man das Zu-Eigen-Haben für eine Funktion des Menschen, wie das Atmen, hält und man der Ansicht ist, daß über das Atmen kein Mensch Probleme wälzt, wohl aber über das Richtig- oder Falsch-Atmen vieles gesagt werden kann und muß, tut es einem not, sich klar darüber zu werden, daß bei uns das Eigentum als Funktion des Volkskörpers mindestens seit der Inflation außer Kraft gesetzt ist! Ferner muß gesehen werden, wie der Handwerker seines privaten Betriebes ebenso beraubt und in die „Kollektive" der Fabrik gezwungen wird, wie der kleine Krämer umgewandelt wird vom selbständigen Geschäftsmann zum Leiter der Filiale eines Großunternehmens. Und wem gehören die großen Unternehmen? Wessen Eigentum? Unbekannt! In aller Welt! Societé anonyme! Was bedeutet die heutige Art der Besteuerung? Enteignung des Arbeitsertrages! Was stellt die Art dar, mit der man bei uns die Bauern von ihren Höfen gejagt hat — oft wegen ein paar lumpiger Steuerschulden? Enteignung! So wurden 1931 bei nahezu 6 000 Höfe mit 175 000 ha Fläche das Enteignungsverfahren durchgeführt! — Was ist die Wirkung des anonymen, internationalen Kapitals bei uns: verschleierte Enteignung des arbeitenden Menschen zugunsten einer unsichtbaren, unheimlichen Macht, die keiner von uns kennt, jeder spürt. Also — wie steht es bei uns mit der Heiligkeit des Privateigentums?

Blutrausch des Bolschewismus? — Zugegeben — keine Beschönigung all der furchtbaren Ereignisse, die uns Deutsche noch besonders deshalb angehen, als viel deutsches Blut in Rußland geflossen ist! Aber wie war es unter dem Zarentum? Liegt nicht unter jeder Schwelle der Murmanbahn ein deutscher Kriegsgefangener? Hat nicht die zaristische Geheimpolizei ebenso gewütet wie es die bolschewistische heute tut? Ist diese Grausamkeit spezifisch bolschewistisch oder gehört sie nicht vielmehr zum Asiatentum von Natur aus? Aber bei uns, in Deutschland — in „Europa" —? Gewiß, wir „morden" nicht — nur möchten wir jedem, der anders denkt, den Schädel einschlagen und tun es auch so oft wie möglich! Wir sind human u. sozial, aber wir lassen ganze Bevölkerungen langsam an Geist, Leib und Seele verkommen — oder sind 7 Millionen Arbeitslose keine „Bevölkerung"? Wir nehmen den alten Leuten 25 v. H. ihres Notgroschens mit einem Federstrich und zieren uns wie ein schüchternes Mädelchen, an die hohen Gehälter heranzugehen. Das ist wohl die — feinere, weil europäische, Grausamkeit? Ja — Europa —! Darf an die humane, ganz der Zivilisation Europas ebenbürtige Behandlung unserer Gefangenen in Frankreich erinnert werden? Oder was tun wir — Europäer mit unsern armen Kranken? Fragt die Aerzte: die können davon erzählen, wie heute der Kranke den Arzt meidet, weil er zu arm ist — fort mit Schaden — 20 Millionen zu viel!

Wo ist der Unterschied? Was ist Bolschewismus?

Planung der Wirtschaft? Haben wir nicht auch den Begriff „Volkswirtschaft"? Freilich, wir haben viele Begriffe ohne Begriffenheit. Hätten wir den Sinn der Volkswirtschaft erfaßt, wäre es uns nicht so fremd, daß einer Volkswirtschaft ein Gesamtplan zugrunde liegen muß — aber wir haben nur den Begriff ohne die Wirklichkeit — also belügen wir uns damit! Wir haben nur private Einzelwirtschaften, wir haben nicht den einen großen Plan, wie ein großes liebenswertes Volk zu versorgen sei, sondern wir haben tausend Pläne, wie der Einzelgeldbeutel zu bereichern sei!! Auf den Halden stauen sich die Kohlen zu Bergen — die Menschen daneben frieren! Die Kartoffeln — leider zu viel gewachsen! — werden zu Sprit vermanscht, das Getreide — leider zu viel gewachsen! — wird gelagert oder auch verfüttert — — — die Menschen daneben hungern! Das sei Volkswirtschaft, sagt Europa! Warum nicht, die Aktie ist Trumpf! Haben wir schon allen Grund nach einer Planung dieser Planung dieser Planlosigkeit, nach einer Sinngebung dieser Sinnlosigkeit zu suchen, so wird in Deutschland der großartige Gedanke geboren, daß ein Volk in allen seinen Teilen aufgeboten werden soll, um in schwerster Zeit den Sinn der Volkswirtschaft zu erfüllen: sich seines Leibes Nahrung und Notdurft zu erwirtschaften — ich meine das Hindenburgprogramm! Die Planung der Wirtschaft ist ein durchaus deutscher, gar kein bolschewistischer Gedanke — — ich hoffe, keiner der Leser kommt mit dem Einwand: ja, dieser Gedanke sei in der Notzeit des Krieges und für diese entstanden! Als ob es heute nicht noch mehr Notzeit wäre — als ob seit August 1914 ein Tag Friede gewesen wäre!

Daß mit der Planung all die anderen Begriffe: Autarkie, Devisenwirtschaft, Außenhandelsmonopol zusammenhängen, hört sich manchen Ohren ungefällig an, liegt aber im Zwang der Dinge und ist ebensowenig bolschewistisch wie der Grundgedanke der Planung! Versteht sich, daß das Hindenburgprogramm damals gerade von den Kreisen vermanscht wurde, die auch heute so vor dem Bolschewismus warnen — aber nicht verstehen kann man, daß die andern, denen die Nation über alles gehen sollte, heute auf der gleichen Linie stehen!

Internationalismus der Bolschewiki. Vielleicht sehen heute schon mehr Menschen ein, welche scharf nationalistische Politik in Moskau gemacht wird, und daß der Gedanke der Internationale und der Weltrevolution nichts ist als eine Waffe der Russen gegen das ihm feindlich gesinnte Ausland. Aber wo ist bei uns diese nationalistische Politik, die mit unerbittlicher Schärfe und Folgerichtigkeit gegen den einen Feind vorgeht, der uns lähmt: Versailles, Weltwirtschaft, Kapitalismus? Wir lieben „Europa" — also sind wir nicht mehr national! Wir genießen die ausländischen Dinge, wir lassen jeden Schmutz und Schund aus dem Westen herein, wir beziehen die Ideale unserer Staatssysteme von allen Seiten der Windrose. Wenn der Mann mit dem großen Barte aus Indien oder der Mann mit der schönen unverschleierten Frau aus Afghanistan zu uns kommt, sind wir wie aus dem Häuschen und — erlaubt das Seemannssprichwort: — norwegische Seeleute, englische Schiffe und deutsche Huren findet man in der ganzen Welt! —

Weltrevolution? Aber was tut Frankreich, das liebe Frankreich? Hält nicht Frankreich die Welt in Unruhe? Geht nicht von diesem Lande aus eine satanische Macht, die zur Sprengung des Planeten führen muß — und wird nicht jene Nation der Gloire und Civilisation die Menschheit in die Barbarei der Vernichtungskämpfe hineinzwingen?

Wer Rußlands Bolschewiki nicht gerade für die besseren Knaben halten will bei diesem gefährlichen Zündelspiel, soll mir aber beweisen, daß sie die schlechteren sind.

Marxismus. Was ist marxistische Weltanschauung? Ich zitiere Marx: (Vorwort zur „Kritik der politischen Oekonomie") „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." Aber auch Herr Duisberg empfindet die wirtschaftlichen Dinge als die eigentlichen und dringlichen, so daß ihm verständlich erscheint, daß man keine Zeit und keinen Raum für die kulturellen mehr hat, bleibt aber dann „das notwendige Korrelat des Materialismus, der Erfolg aus", so entsteht dann (für Duisberg) als Reaktion eine „Neoromantik, eine Sehnsucht nach Innerlichkeit, eine Jagd nach neuen Idealen . . ."

Nenn' mir, Brüderchen, den Unterschied! Was ist Marxismus? Die Schau nach der Politik durch den Geldbeutel — bei dem einen ist er voll, bei dem andern leer — nenne mir den Unterschied!

Schluß folgt.

Die Reform der Arbeitslosenhilfe

Bedenken des Sozialpolitischen Ausschusses gegen die Vereinheitlichung.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wurde ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Nationalsozialisten angenommen, wonach bei den Maßnahmen zur Sicherstellung einer geordneten Arbeitslosenhilfe unter allen Umständen der grundsätzliche Charakter einer selbständigen Arbeitslosenversicherung sowie auch eine organische Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Arbeitsvermittlung aufrechterhalten werden soll.

Bei der Abstimmung enthielten sich die Deutschnationalen der Stimme, weil sie ihre Entscheidung nicht treffen wollten, ohne die genauen Ansichten der Regierung zu kennen.

411 Stadt. Bibliothek S-839

Ziele und Kräfte bei der Neugestaltung unsers staatlichen Lebens.

Gelegentlich der diesjährigen Volkshochschulwoche der Bethelер Volkshochschule Lindenhof hielt Dr. Hans Beyer, Berlin, einen Vortrag zu obigem Thema, der manche wertvollen Aufschlüsse und Winke vermitteln konnte. Dr. Beyer sprach zunächst von den Kräften, die gegenwärtig das staatliche Leben in Deutschland bestimmen. Das sind der Reichspräsident von Hindenburg, die Regierung v. Schleicher und die Reichswehr, die Berufsstände und die Parteien.

Die Bedeutung des Reichspräsidenten v. Hindenburg wird weit über seine Amts- und Lebensdauer hinaus wirksam bleiben, einmal vermöge der persönlichen Vorbildlichkeit dieses Mannes, sodann aber durch die grundlegenden Veränderungen, die sich auf innenpolitischem und verfassungsrechtlichem Gebiet an seinen Namen und an seine Reichspräsidentenschaft knüpfen. Er hat aus der Weimarer Verfassung, die an sich heute noch in Kraft ist, ein Instrument gemacht, das er in seinem Sinne zum Segen des Volkes verwenden konnte. Der Reichspräsident als oberste Reichsgewalt ist mehr in den Vordergrund getreten, Macht und Einfluß der Parlamente wurden zurückgedrängt, die vom Präsidenten ernannte Regierung erhielt autoritäre Vollmacht.

Im Augenblick ist das die Regierung des Generals von Schleicher. Bedeutsam für dieses Kabinett erscheint, daß es die Reichswehr hinter sich hat, sich also auf die Wehrmacht des deutschen Volkes stützt. Das ist die Stärke der Regierung, schließt aber auf die Dauer eine ernste Gefahr in sich. Die Reichswehr ist die letzte Garantie der Einheit und Sicherheit des Staates, sie muß darum möglichst im Hintergrunde bleiben und darf nicht für eine bestimmte Richtung in der Politik des Staates eingesetzt werden. Schleicher hat, so wurde betont, diese Gefahr auch erkannt und möchte sich auf sein Amt als Wehrminister zurückziehen, sobald der rechte Kanzler für sein Kabinett gefunden ist.

Wie die Reichswehr, so muß auch die Beamtenschaft im Hintergrunde bleiben und kommt unter den Kräften beim Neubau des Staates nicht direkt in Frage. Die Beamtenschaft muß politisch neutral sein und muß um dieser gebotenen Neutralität willen Verzicht leisten auf die Gewissenspflicht eines betonten politischen Bekenntnisses.

Wie steht es mit den Berufsständen? Industrie, Handel u. Handwerk kommen als politisch wirksame Faktoren kaum in Frage u. werden beim Neubau des Staates keine Kräfte entwickeln können. Papens Versuch, die privatkapitalistische Großindustrie bei der von ihm geplanten Neuordnung von Wirtschaft und Politik entscheidend heranzuziehen, darf als mißlungen betrachtet werden, da wir von der Privatwirtschaft zur Planwirtschaft kommen müssen. Damit hört der Einfluß der Wirtschaft auf die Politik auf, der sich oft unheilvoll ausgewirkt hat. Anders als bei Industrie, Handel und Gewerbe liegen die Dinge bei der Landwirtschaft, die in der letzten Zeit für die gesamte Volkswirtschaft wie für das Leben des Staates überhaupt sehr an Bedeutung gewonnen hat. Hier geht es darum, daß es gelingt, Führer heranzubilden, die nicht nur interessenpolitisch, sondern staatspolitisch denken und handeln können.

Es wurde sodann von den Parteien und deren Bedeutung für die zu tätigende Neugestaltung des staatlichen Lebens gesprochen. Wir erleben es, wie der Marxismus immer mehr aus seinen Machtpositionen hinausgedrängt und zurückgeworfen wird. Zwar geht nebenher das Erstarken und Anwachsen der KPD., doch ist sie nur erst als Gefahr, nicht als einzusetzender Machtfaktor für das staatliche Leben zu werten. Daß die bürgerlichen Gruppen immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, erscheint völlig klar zu sein. Als bloße Interessenvertretung irgendeines Standes oder einer Wirtschaftsgruppe, ist heute keine Partei mehr denkbar. Zu fragen ist somit nach der Bedeutung der NSDAP und der beiden konfessionellen Parteien, des Zentrums und des Evangelischen Volksdienstes.

Als das Positive an der NSDAP erscheint dem Referenten das Kampfbundmäßige, wie es ursprünglich in der SA, der er selbst angehörte, ausgeprägt war. Als Kampfbund hätte die SA nicht einer bestimmten Partei zu dienen, sondern dem ganzen Volke. Es müßten ihr bestimmte Aufgaben gestellt werden, etwa im Arbeitsdienst, in der Siedlungsbewegung, auf wehrpolitischem Gebiet. Als eine Fehlentwicklung der Bewegung sei es zu bezeichnen, daß sie Partei und weltliche Konfession geworden ist. Die erstrebten 51 Prozent aller Wähler sind nicht erreicht worden. Die einzige Möglichkeit, auf legalem Wege an die Macht zu kommen, wäre eine Präsidentenwahl. Was soll werden, wenn es damit nichts wird? Das ist die Frage, die heute an die NSDAP zu richten ist. Sie wird unterstrichen durch Gregor Strasser.

Es wurde dann noch kurz die Politik des Zentrums als die Politik des katholischen Vorbehaltes charakterisiert. Brüning hat dem Zentrum die außenpolitische Linie gegeben, die noch heute von der deutschen Außenpolitik eingehalten wird und folgerichtig eingehalten werden muß. Aber Brüning mußte in der Innenpolitik versagen, weil er ausgesprochener katholischer Pietist war, der nur dienen wollte, und dabei nicht verstand, daß man in der Politik nur dann recht dient, wenn man führt und herrscht. Es ist für den weiteren Weg des Zentrums von großer Bedeutung, ob die Leitung der Partei klerikal-kirchlich oder deutsch gesinnt ist. Das erstere ist gegenwärtig die Gefahr, wo die Führung in den Händen von Männern wie der Prälaten Kaas und Schreiber liegt.

Der Evangelische Volksdienst endlich ist insofern bedeutsam, als er ein Ausdruck des politischen Suchens im Protestantismus ist. Seine Gefahr besteht ebenfalls darin, daß er Partei zu werden droht. Die Gefahr wurde schon einmal akut, als sich der Volksdienst allzu eng an Brüning anschloß. Seine Aufgabe kann und muß es sein, den evangelischen Menschen an die Politik heranzubringen. Er könnte also so etwas wie ein politischer Orden sein, in dem sich diejenigen sammeln, die sich als bewußt evangelische Menschen zur Politik berufen fühlen.

Der Referent sprach dann im zweiten Teil seines Vortrages von den Zielen beim kommenden Neubau des Staates. Es ist notwendig, daß die Pyramide des Staates nicht auf einer schmalen, sondern auf einer möglichst breiten Schicht sich aufbaut. Das bedeutet eine Verwerfung der Diktatur in jeder Form, aber auch die unbedingte Demokratie ist damit nicht ohne weiteres gegeben. Nicht jeder ist zum Staatsdienst berufen. Aber es muß eine möglichst breite Schicht von solchen da sein, die sich ernsthaft für den Staat interessieren. Für sie muß die Politik und der Staatsdienst, dem sie sich widmen möchten, zur besonderen Aufgabe, zum Beruf werden. Auf die politische Erziehung kommt heute sehr viel an. Es müssen Menschen da sein, vor allem auch junge Menschen, die dem Staate zur Verfügung stehen. Dr. Beyer sprach von einer Staatsjugend, wohl im Gegensatz zu der heutigen parteipolitisch oder bündisch organisierten Jugend, die im Freiwilligen Arbeitsdienst etwa, in besonderen Kampfbünden oder auch in wehrpolitischen Vereinigungen für den Staatsdienst zu gewinnen und zu schulen sei. Als besondere Eigenschaft des politischen Führers hob er hervor, daß er Gefühl für Strategie besitzen müsse, daß er zwar das große Ziel, die Schaffung eines erneuerten Deutschlands nicht aus dem Auge verlieren dürfe, anderseits aber auch einen Blick dafür brauche, daß nun dieses Ziel nicht auf einmal zu erreichen sei, sondern auf dem oft langen und mühsamen Wege der Verwirklichung von vielen Teilzielen, von denen sich das eine aus dem andern ergibt.

Der Neubau des Staates muß, so führte Dr. Beyer weiter aus, von unten auf beginnen. Das bedeutet also, daß man damit bei den kleinsten öffentlichen Körperschaften, bei der Gemeinde, einsetzen muß. Es wurde damit also von einer Neuordnung der Gemeinden gesprochen. Dabei gleich eine Reihe von wertvollen Vorschlägen: Die Gemeinde, die sich selbst verwalten soll, muß übersichtlich sein; die Gemeindeparlamente sind parteipolitisch zu entpolitisieren; der Bürgermeister ist am besten von der ganzen Bürgerschaft zu wählen. In ähnlicher Weise hat die Neuordnung der Dinge dann weiter im Kreis, in der Provinz und in den Ländern zu erfolgen. Die landschaftliche Selbstverwaltung ist weiter auszubauen, doch muß in strengster Weise darauf geachtet werden, daß die Länder keine Politik gegen das Reich treiben. Der Dualismus zwischen Preußen und dem Reich darf nicht wiederkehren, Preußen muß Reichsland bleiben. Eine autoritäre, unabhängige Staatsführung ist notwendig. Als Aufgaben des Reiches wurden genannt die Außenpolitik, die Sorge für die innere Ordnung und Sicherheit, also Verfügung über Polizei und Reichswehr, sodann noch die Finanzpolitik. Die Kulturpolitik dagegen ist nicht eine Sache des Reiches, sondern eine Aufgabe der Länder, da sie der landschaftlichen Gliederung auf diesem Gebiete Rechnung tragen muß. Die Länder können diese Aufgaben aber nur leisten, wenn ihre Selbstverwaltung funktioniert. Um eine Gesundung derselben herbeizuführen, wäre eine zeitweilige Zentralisierung vielleicht gut und angebracht.

Ob der Neubau des Staates und die Neugestaltung des staatlichen Lebens gelingt, das entscheidet sich letztlich ganz allein beim Menschen. Darum ist auf die Schule und ihren Einfluß auf den jungen Menschen besonders zu achten. Nicht auf die Vermittlung einer Fülle von Wissen kommt es an, sondern auf die Willensbildung. Außerhalb der Schule kann die Volkshochschule und neuerdings der Arbeitsdienst Wertvolles leisten. Auch hier geht es um die Erziehung zur Volksgemeinschaft und zum Staat. Ferner wurden der Landbund und die Gewerkschaften genannt, zuletzt und vor allem aber die evangelische Kirche. Es gilt den evangelischen Menschen an den Staat und seine Aufgaben heranzuführen. Der Pfarrer muß heute vielfach zugleich Führer und Berater sein, da alle andern Autoritäten zerstört sind. Nur wenn jeder einzelne in der Gemeinschaft seinen Platz erkennt und ganz ausfüllt, kann es dem Ganzen wieder gut gehen H. St.

Erwerbslose verletzen Bürgermeister

In Ilmenau drangen Erwerbslose unter kommunistischer Führung in das Rathaus ein, wo sie von der Polizei gewaltsam hinausgedrängt wurden. Bürgermeister Birnbaum, der die Polizei unterstützte, erlitt leichte Verletzungen. Zwei Haupträdelsführer wurden in Polizeigewahrsam genommen. Die Polizei räumte den Marktplatz mit dem Gummiknüppel.

Erinnerungen an die Ruhrbesetzung.

Es war im Januar 1923. Die interalliierte Reparationskommission hatte einstimmig festgestellt, daß Deutschland die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Lieferungen an Holz und Kohlen während des Jahres 1922 nicht vollständig erfüllt hatte. Am 10. Januar hatte Poincaré der deutschen Regierung mitgeteilt, daß Frankreich eine Mission von Ingenieuren und Beamten ins Ruhrgebiet entsenden würde. Zum Schutze dieser Mission und zur Sicherstellung ihrer Aufgaben sollten die erforderlichen Truppen mit einrücken. Die französische Regierung erklärte feierlichst, daß sie nicht an eine militärische Operation oder Besetzung denke.

Das Gegenteil trat indes ein. Das Ruhrgebiet wurde militärisch besetzt. Schon am 9. Januar begannen etwa 50 000 Mann den Vormarsch. Mit Mann und Roß und Wagen zog die „glorreiche" französische Armee in das schöne Land der Ruhr ein. Voran Kavallerie und Radfahrerpatrouillen. Dann kamen schußbereite Panzerwagen und Lastautos, denen wieder Kavallerie mit gezogenem Säbel und große Infanteriezüge folgten. Die Offiziere hatten den Säbel entweder blankgezogen oder waren mit der Reitpeitsche ausgerüstet. Am 11. Januar hatte die Besatzungsarmee Essen, am 14. Januar Velbert und Langenberg und am 16. Januar Lünen und Dortmund „erobert".

Ich war damals in Dortmund, als die Einbruchsarmee, von Dorstfeld kommend, in die Stadt einmarschierte. Schmutzig und mißmutig waren die Mannschaften, haßerfüllt und nervös die Offiziere.

Am 17. Januar (es war, soviel ist mich entsinne, Dienstag) fand eine Besprechung zwischen dem kommandierenden General, dem Oberbürgermeister Dr. Eichhoff und dem damaligen Landrat Hansmann statt. Ich wurde gebeten, an der Sitzung teilzunehmen, um die Mitteilungen beider Parteien zu verdolmetschen.

Die Besprechung sollte 4 Uhr nachmittags anfangen. Es war ein unfreundlicher Tag. Grau war der Himmel. Gereizt die Stimmung der Bevölkerung. Zu der festgesetzten Zeit ging ich zum Rathaus. Am Haupteingang stand schon ein französischer Posten. Dreckig, unordentlich und frech. Er fragte barsch nach meinem Begehren. Kurz gab ich ihm Bescheid. Ich durfte hinauf zum Sitzungssaal, dessen eichene Tür offen stand. In der Mitte des Saales war ein großer schöner Tisch mit bequemen Sesseln. Eine Reihe Bilder schmückten den Raum.

Auf der einen Seite des Zimmers stand, als ich eintrat, ein großer, blonder, freundlich dreinschauender Herr, der etwa 36 Jahre alt sein mochte. Es war der Landrat von Hörde-Land, Hansmann. Dann erschien Dr. Eichhoff, eine imposante Gestalt. Kaum hatten wir ein paar Worte gewechselt, als der französische General mit kleinen, energischen Schritten den Raum betrat. Seine Uniform war schmuck. Man merkte es ihm an, daß er gewohnt war, auch äußerlich durch elegante Kleidung und stramme Haltung den General der Siegerrepublik hervorzuheben. Mit kurzen und schöngeformten Sätzen, die den redegewandten Mann von Bildung verraten, teilt er nach knapper, soldatischer Vorstellung von sich und seinem ebenfalls elegant gekleideten Adjutanten mit, daß die französische Regierung angesichts der absichtlichen Verfehlungen Deutschlands sich gezwungen gesehen habe, eine Mission von Ingenieuren zu entsenden. Zum Schutze dieser Mission seien auch Truppen mit eingerückt. Infolge der Sabotage-Akte der Führer der Ruhrindustrie habe Frankreich angeordnet, auch Dortmund und Umkreis zu besetzen. Mit dem gestrigen Tage habe er von Dortmund Besitz ergriffen. Als Kommandant der Stadt und des Bezirkes verlange er, daß seinen Anordnungen unbedingt und sofort Folge geleistet würde. Für die Nichtbefolgung seiner Befehle mache er schon jetzt den Herrn Oberbürgermeister und den Landrat verantwortlich.

Als erster antwortete Dr. Eichhoff. Was er ausgeführt hat, ist mir leider nicht ganz gegenwärtig. Da ich mir keine Notizen gemacht habe, muß ich mich auf mein Gedächtnis verlassen. Er sagte kurzum, er könne keine Befehle einer fremden Macht entgegenzunehmen. Für ihn sei ausschließlich die deutsche Regierung zuständig. Er habe selbst großes Interesse daran, daß sich alles in Ruhe abwickle, könne aber nicht die Verantwortung für Taten übernehmen, die lediglich die Folge einer widerrechtlichen Besetzung seien.

Dann sprach Landrat Hansmann. Was er ausgeführt hat, war nicht viel. Es war aber voller Hohn und Stolz. Mit Freuden habe ich seine Ausführungen übersetzt, obwohl ich befürchtete, daß er stehenden Fußes verhaftet worden wäre.

Der General hörte indes beherrscht zu. Er antwortete darauf kurz, indem er wiederholte, was er vorher bekanntgegeben hatte. Dann verschwand er. Hansmann, der sich in der denkwürdigen Sitzung mutig gezeigt hatte, mußte später unrühmlich von sich reden lassen.

Während der harten Besetzungszeit habe ich vielen Volksgenossen aller Stände und Konfessionen bei Streitigkeiten, Anträgen usw. zur Seite gestanden. Dennoch konnte ich es nicht verhindern, daß französische Soldaten auch in meiner Gegenwart Mitbürger mißhandelten und mit der Peitsche traktierten. Ich selbst habe zweimal am eigenen Leibe die Wohltaten der Besatzung zu spüren bekommen. Das erste Mal war es in Düsseldorf. Ich unterhielt mich mit einem französischen Soldaten am Hauptbahnhof, um den Standort verschiedener Behörden zu ermitteln, als aus einer Ecke ein Chargierter auf mich zusprang, mich am Kragen packte und mit Faustschlägen bearbeitete. Dabei rief er mir ununterbrochen: „sale boche" zu. Gleiches mit gleichem zu vergelten ging nicht. Ich zog daher vor, mich beschwerdeführend an einen einige Minuten später vorbeigehenden Offizier zu wenden. Als ich ihm den Sachverhalt erklärte, zuckte er mit den Achseln und sagte mir, daß der Zwischenfall zweifellos auf eine Verwechslung zurückzuführen sei. Der Unteroffizier hatte bestimmt geglaubt, daß ich mit dem Soldaten Devisengeschäfte machen wollte. Die Besatzungsbehörde hätte Anweisung gegeben, unnachsichtlich gegen alle Deutschen vorzugehen, die französischen Soldaten Devisen abkauften.

Das zweite Mal war es in einer kleinen rheinischen Stadt, die verträumt zwischen Wuppertal und Düsseldorf liegt. Es war abends. Ich war damit beschäftigt, meiner Frau „Michael Kohlhaas" vorzulesen, als plötzlich

Das Zentrum verhandlungsbereit?

Die „Köln. Volksztg." über die innerpolitische Lage.

— Köln, 18. Januar. Zur innerpolitischen Lage schreibt die „Köln. Volksztg." (K. V.) u. a., für die Haltung des Zentrums werde die Frage entscheidend sein, ob alle Bestrebungen dem Gedanken der Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte dienen könnten. Das Zentrum sei für eine möglichst breite Regierungsfront und für klare und unzweideutige Lösung. Vor allem werde Klarheit darüber geschaffen werden müssen, ob eine Zusammenarbeit innerhalb des Rahmens der Verfassung gewährleistet oder überhaupt beabsichtigt sei. Es genüge nicht, verfassungsmäßig anzufangen und dann eine Politik zu machen, die die verfassungstreuen Bestandteile aus der Arbeitsgemeinschaft hinausdrängen müsse, um so den Weg für eine offene oder verschleierte Diktatur freizumachen. Die Entwicklung werde in Etappen vor sich gehen. Die nächste wichtige Entscheidung falle am Freitag. Am gleichen Tage halte der Fraktionsvorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums eine Sitzung ab.

In einem Leitartikel erklärt die „K. V." u. a., in dem Dilemma zwischen unerwünschten Neuwahlen und den unmöglichen Versuchen, die Verfassung außer Kraft zu setzen, liege, wennn es nicht zu der Notgemeinschaft kommen könne, die Kaas vorgeschlagen habe, ein Ausweg auf der Hand. Das wäre ein Ermächtigungsgesetz für einen Zeitraum, der groß genug wäre, um der Regierung die Durchführung eines umfassenden Sanierungswerkes zu ermöglichen. Die Frage sei, ob die Nationalsozialisten dazu bereit sein würden. Ob der Ausweg eines Ermächtigungsgesetzes oder einer ähnlichen Lösung gangbar sein würde, müßten die nächsten Tage zeigen. Es wäre Pflicht der Personen, in deren Händen die Entscheidung liege, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen, um einen Ausweg zu suchen, der einen Konflikt vermeide.

Unterredung Hitlers mit Papen

Berlin, 19. Januar.

Wie verlautet, hatte Adolf Hitler in Berlin eine neue Unterredung mit dem früheren Reichskanzler von Papen. Man glaubt in politischen Kreisen, daß Herr von Papen seine Bemühungen fortgesetzt hat, Adolf Hitler und Reichskanzler von Schleicher zusammenzubringen. Diese Bemühungen scheinen aber erfolglos verlaufen zu sein, was daraus zu schließen ist, daß die Unterhaltungen Papens und Hitlers kaum fortgesetzt werden dürften. In unterrichteten Kreisen sieht man nunmehr im Augenblick keine Möglichkeit einer Unterredung zwischen Hitler und dem Reichskanzler.

Kennzeichnend für die Situation ist, daß heute in Kreisen der Reichsregierung erneut unterstrichen wird, daß Reichskanzler von Schleicher zweifellos die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages bekommen wird, wenn die parlamentarische Situation sie notwendig machen sollte.

Der Kampf der Landwirtschaft

Graf Kalckreuth fordert Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Förderung des Binnenmarktes.

Güstrow, 19. Januar.

Auf einer Kundgebung in Güstrow äußerte sich der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, über den Kampf der Landwirtschaft. Zu den Differenzen mit der Reichsregierung erklärte er, es sei die allerhöchste Zeit gewesen, einmal das Agrarprogramm in klaren, unmißverständlichen Worten aufzurollen. Die Exportpolitik auf Kosten der Landwirtschaft sei nicht mehr zu verantworten. Förderung des Binnenmarktes allein sei vernünftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Export sei notwendig, aber Exportförderung geschehe am besten durch Drosselung des Imports solcher Waren, die wir selbst erzeugten.

Die Steigerung der Kaufkraft der Landwirtschaft bedeutet für Industrie, Handel und Gewerbe Förderung unserer wirklichen Arbeitsbeschaffung. Voraussetzung aller Siedlung sei die Rentabilität der Landwirtschaft.

Das bedinge eine grundsätzliche Schwenkung in der Handelspolitik. Alle landwirtschaftlichen Bindungen müßten fallen. Wo die Bindungen zunächst noch nicht beseitigt werden können, müßte Kontingentierung einsetzen. Die wichtigste Aufgabe des Augenblicks sei nächst dem Vollstreckungsschutz die Neuregelung der Handelspolitik. Darum gehe der Kampf vor allem.

Die Verschuldung der Landwirtschaft

Nach einer längeren grundsätzlichen Aussprache über die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers teilte der Minister noch mit, daß die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft vor dem Kriege 17,5 Milliarden betragen habe bei einer Zinslast von 750 Millionen oder 4,2 v. H. im Jahre 1913.

Jetzt betrage die Gesamtverschuldung etwa 11,4 Milliarden, der Zinsendienst nach dem Stande von Ende 1932 600 bis 620 Millionen, so daß der Durchschnittssatz für Zinsen sich heute auf 5,2 v. H. belaufe, also um 1 v. H. über dem Vorkriegsstand liege. Steuerliche Erleichterungen für die Landwirtschaft seien besonders wichtig, hingen aber zusammen mit der Reform des Steuerwesens überhaupt, die man nicht in einer Zeit der tiefsten Krise und bei leeren Kassen vornehmen könne.

Ausfuhrüberschuß halbiert

Berlin, 19. Januar.

Die Einfuhr im Dezember beträgt 423 Millionen Reichsmark und ist gegenüber dem Vormonat um 29 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Ausfuhr hat mit 491 Millionen Reichsmark gegenüber November um 16 Millionen zugenommen. Die Handelsbilanz schließt damit im Dezember mit einem Ausfuhrüberschuß von 68 Millionen Reichsmark, gegenüber 82 Millionen Reichsmark im November.

Für das Jahr 1932 schließt die Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 1073 Millionen Reichsmark ab, gegenüber einem Ausfuhrüberschuß von 2872 Millionen Reichsmark im Jahre 1931.

Die in diese Zahlen einbezogenen Reparationssachlieferungen betrugen 393 Millionen Reichsmark im Jahre 1931 und 62 Millionen Reichsmark im Jahre 1932. Die Gesamteinfuhr im Jahre 1932 beziffert sich auf 4,7 Milliarden Reichsmark; ihr Rückgang gegenüber dem Vorjahre beträgt mithin 2,0 Milliarden Reichsmark. Die Gesamtausfuhr im Jahre 1932 beläuft sich auf 5,7 Milliarden Reichsmark und bleibt damit hinter derjenigen des Jahres 1931 um fast 3,9 Milliarden Reichsmark zurück.

Fürsorge für Kleinrentner

Preußischer Runderlaß. — Beseitigung von Mißständen in der Kleinrentnerfürsorge.

Berlin, 19. Januar.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Innenministerium hat in einem Runderlaß die Beseitigung einer Reihe von Mißständen in der Kleinrentnerfürsorge angeordnet. Die Fürsorgeverbände werden darauf hingewiesen, die größere Bewegungsfreiheit, die ihnen in der Frage der Anrechnung von Vorzugsrenten und Aufwertungseinkommen durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 zugestanden wurde, nicht schematisch und zu ungunsten der Kleinrentner zu gebrauchen. Bei der Durchführung des Ersatzanspruchs und der Forderung auf Sicherstellung für Fürsorgekosten soll geprüft werden, ob der finanzielle Erfolg die Beunruhigung und Verbitterung rechtfertigt, die dadurch in den Kreisen der Kleinrentner entsteht.

Könnten auch die Kleinrentner prinzipiell nicht von der Ersatzpflicht ausgenommen werden, so sei es andererseits nicht gerechtfertigt, wenn Fürsorgeverbände formale Schuldanerkenntnisse als Voraussetzung der Fürsorgegewährung forderten. Noch weniger sei es statthaft nachträglich, und womöglich kurzfristig, Sicherstellung für Fürsorgekosten zu verlangen und damit die Kleinrentner zur Verpfändung letzter Vermögensreste zu zwingen. Da das Vermögen der Kleinrentner vielfach sehr gering sei, sollte es von der Heranziehung zur Sicherstellung ausgeschlossen sein. Die sinngemäße Anwendung der fürsorgerechtlichen Bestimmungen über Verbrauch und Verwertung kleinerer Vermögen verpflichte zur sorgfältigen Prüfung im Einzelfall, was als kleineres Vermögen anzusehen sei.

Es sei zum Beispiel durchaus gerechtfertigt, Grundbesitz von geringem Wert und nur noch geringer Belastungsfähigkeit freizulassen, damit der Hilfsbedürftige zur nutzbaren Verwertung der ihm verbliebenen Vermögensbestände für besondere Bedürfnisse imstande sei.

Entschließung des VDZ

Berlin, 19. Januar.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hat folgende Entschließung gefaßt:

Nach den Grundsätzen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. ist es unvereinbar mit der Pflichtauffassung und der Verantwortung des Verlegers, unmittelbar oder auf Umwegen Subventionen jeglicher Art, insbesondere öffentliche Mittel, zu parteipolitischen oder überhaupt innerpolitischen Zwecken anzunehmen. Die Verwendung derartiger Mittel zu solchen Zwecken ist zu verwerfen.

Durch Verstöße gegen diese Grundsätze werden außerdem falsche Meinungen über Möglichkeiten des Gesinnungskaufs erzeugt und böswillige Verallgemeinerungen gefördert, die das Ansehen der unabhängigen deutschen Presse ebenso schädigen, wie die Staatsautorität.

Japans Kolonialmandate

Was wird mit den früheren deutschen Kolonien in der Südsee, wenn Japan den Völkerbund verläßt?

Berlin, 19. Januar.

Aus dem Fernen Osten kommen neue Alarmmeldungen. Die Chinesen wollen angeblich die Eroberung der Stadt Schanhaikwan durch die Japaner mit der Einleitung einer großen Gegenoffensive beantworten, die als Ziel den wichtigen Zentralpunkt Mukden hat, andererseits drohen die Japaner mit einem Vormarsch auf Peking, wenn die chinesische Mobilisierung noch weiter andauern sollte. Gleichzeitig wird aus Genf gemeldet, daß die diplomatischen Verhandlungen zur Beilegung des Ostasienkonflikts heute aussichtsloser sind als je zuvor. Der Neunzehner-Ausschuß des Völkerbundes hatte zwar nach monatelangen Beratungen endlich einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet, der den japanischen Wünschen ziemlich entgegenkommt, der von China aber aufs schärfste abgelehnt wird.

Der Protest Chinas fällt um so schwerer ins Gewicht, als neuerdings die Vereinigten Staaten den europäischen Großmächten offiziell mitgeteilt haben, daß sie niemals vollendete Tatsachen in der Mandschurei, soweit ein Verstoß gegen den Kellogg-Pakt oder den Neun-Mächte-Vertrag zustandegekommen ist, anerkennen würden. Die amerikanischen Botschafter in Paris und London sollen erklärt haben, daß man sich nach Ansicht der amerikanischen Regierung lange genug mit den Schlichtungsverhandlungen aufgehalten habe und daß die interessierten Mächte energischer auftreten müßten. Unter dem Eindruck dieser Vorstellungen hat sich England, das als Schuldnerland das begreifliche Interesse hat, nicht mit dem amerikanischen Gläubiger in Meinungsverschiedenheiten zu geraten, in seiner Haltung gegenüber Japan merklich gewandelt, so daß mit einer friedlichen Beilegung des Ostasienkonflikts in Genf kaum noch zu rechnen ist. In diesem Falle rechnet man in Genfer Kreisen mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbunde und beschäftigt sich bereits mit den internationalen Auswirkungen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde.

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der japanischen Mandatsgebiete aufgerollt, und damit gewinnt der Fernöstliche Konflikt auch für Deutschland eine besondere Bedeutung. Auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund hat Japan die Mandatsverwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien in der Südsee erhalten. Das Ausscheiden Japans aus dem Völkerbund würde, wie der Außenpolitiker des Pariser „Journal" sehr richtig feststellt, auch die Aufgabe der von Japan im Namen des Völkerbundes verwalteten Mandate mit sich bringen. Diese Mandate berühren die ehemaligen deutschen Kolonien Karolinen und Marianen, die von den Amerikanern als gefährliche strategische Bastionen angesehen werden. Wie zufällig, meint „Journal" weiter, werde nun in den Vereinigten Staaten eine lebhafte Kampagne gegen Japan geführt, das beschuldigt werde, Flottenstützpunkte zu organisieren, die besonders die amerikanische Position von Hawai bedrohen würden, namentlich nachdem sich der amerikanische Kongreß trotz dem Veto des Präsidenten für die Unabhängigkeit der Philippinen ausgesprochen habe. Brauche man zu fragen, warum die Engländer sich gegenüber den Wünschen der Amerikaner so willfährig zeigten? Die Schulden, selbst wenn man sie bezahle, blieben ein gewaltiges Druckmittel.

Daß ausgerechnet ein französisches Blatt als erstes die Mandatsfrage angeschnitten hat, verdient besondere Beachtung. Ob man aus dieser Tatsache den Schluß ziehen darf, daß man auch auf französischer Seite die gegenwärtige Regelung der Mandatsfrage nicht als der Weisheit letzten Schluß betrachtet, möchten wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls haben wir Deutsche alle Veranlassung, immer wieder auf das große Unrecht hinzuweisen, das uns durch den Raub der Kolonien zugefügt worden ist, und die Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland zu fordern. Genau so wie wir in der Abrüstungsfrage auf Gleichberechtigung dringen, müssen wir auch in der Kolonialfrage unser Recht auf volle Gleichberechtigung geltend machen. Die Rechtslage für Deutschland ist nach jeder Richtung hin gesichert. Niemand kann uns hindern, vom Völkerbund die Uebertragung von Mandaten früherer deutscher Kolonien zu verlangen!

Diesen Anspruch kann die Reichsregierung um so eher geltend machen, als führende ausländische Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker ihn anerkannt und uns im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ihrerseits selbst auf seine Berechtigung hingewiesen haben. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Wiedergewinnung kolonialen Besitzes für Deutschland eine wesentliche wirtschaftliche Erleichterung im Gefolge haben würde. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien als Rohstoffbasis und Siedlungsland kann kaum überschätzt werden. Schon 1913 belief sich die Einfuhr der ehemaligen deutschen Kolonien auf 160 Millionen, die Ausfuhr sogar auf 170 Millionen Mark. Für das Jahr 1914 rechnete man nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres bereits mit einer Handelsbilanz von mehr als einer halben Milliarde Mark. An wichtigen Pflanzungen waren im Jahre 1913 vorhanden etwa 40 000 Hektar Kautschuk, 42 000 Hektar Kokospalmen, 13 200 Hektar Kakao, 13 000 Hektar Baumwolle, 5000 Hektar Ölpalmen, 4800 Hektar Kaffee, 2200 Hektar Bananen usw. Der Viehbestand belief sich auf rund 554 000 Schafe, 516 000 Ziegen und 206 000 Stück Rindvieh. Das war im Jahre 1913. Wenn man bedenkt, daß diese Zahlen durch eine fortschreitende Erschließung der Kolonien noch ganz erheblich erhöht, vielleicht sogar vervielfacht werden könnten, so ist die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung kolonialen Besitzes für das Mutterland ohne weiteres einleuchtend.

Hinzukommt, daß die Kolonialschuldlüge, mit der man seinerzeit in Versailles den Raub des deutschen Kolonialbesitzes in so heuchlerischer Weise „begründet" hat, heute restlos ausgeräumt ist, nachdem die Regierung der Südafrikanischen Union, die im Jahre 1915 das berüchtigte Blaubuch herausbrachte, selbst erklären mußte, daß dieses Blaubuch nur ein Kriegspropagandamittel gewesen ist, dessen Inhalt den Tatsachen nicht entspricht. Damit hat auch der Artikel 119 des Versailler Vertrags seine Grundlage verloren, und der Weg für die Vertretung des deutschen Rechts ist frei.

So ergibt sich aus der rechtswidrigen Wegnahme der deutschen Kolonien durch das Versailler Diktat die Forderung auf Rückgängigmachung des Kolonialraubs unter dem Gesichtspunkt des Rechts, der Ehre und der Moral. Dabei stehen im Vordergrund die Raumnot des deutschen Volkes und die Versorgung Deutschlands mit kolonialen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Auch in der Kolonialfrage handelt es

---

ein Schellen und Rütteln an der Tür hörbar wurde. Ich ging hin. Ein Mädchen stand zittern und bebend davor. Ich ließ sie herein. Stockend und aufgeregt erzählte sie mir, daß sie von einem französischen Soldaten verfolgt würde. Im Laufe des Gespräches sagte sie, daß sie auf derselben Straße wohne. Sie sei auf dem Wege nach Hause. Ich begleitete sie dahin. Unterwegs konnte ich feststellen, daß der Franzmann uns folgte. Kaum hatte ich mich von dem Mädchen verabschiedet, als der Soldat mich festhielt und zur Rede stellte. Er warf mir unsaubere Absichten vor und war von einer bodenlosen Unverschämtheit. Ich bat ihn um seine Personalien. Er gab sie mir nicht an, sondern drohte, mich auf der Stelle zu erschießen. Und in der Tat zog er seinen geladenen Revolver aus der Tasche und fing an, damit zu hantieren. Da ich inzwischen die Feststellung machen konnte, daß der Mann angeheitert war, ließ ich ihn stehen. Ich nahm mir aber vor, dieserhalb vorstellig zu werden. Auf meine Beschwerde wurde mir erwidert, daß die Besatzungsbehörde den beschriebenen Chargierten nicht ausfindig machen könne. Es sei nicht ausgeschlossen, daß er sich unter der Truppe befinde, die vor einigen Tagen den Ort verlassen habe. Aber ich ließ nicht locker, wandte mich an die Stadtverwaltung. Dort trug ich dem Dezernenten, der überdies Führer der Zentrumspartei war u. die Geschäfte in Vertretung des ausgewiesenen Bürgermeisters führte, den Fall vor. Er ließ mich ausreden. Dann sagte er mir: „Der Fall ist an sich bedauerlich. Warum geht das junge Mädchen aber so spät nach Hause? Im übrigen, Ihr Rechtsleute habt immer an den Franzosen was auszusetzen. Wissen Sie nicht, was wir in Frankreich getan haben? Glauben Sie, daß wir besser gehandelt haben? Ich komme mit den Franzosen gut aus. Der Oberst, der Schwiegersohn Fochs, ist ein famoser Kerl. Und fromm dazu. Er geht jeden Tag zur Messe und hat befohlen, daß die Truppe mindestens einmal in der Woche in der Kirche erscheinen soll. Haben die deutschen Offiziere das Gleiche getan? Lassen Sie die Franzosen in Ruhe, es sind auch Menschen und ... gute Katholiken."

Später erfuhr ich durch Zufall, daß das Mädchen evangelisch war.

E. F. K.

sich um die Wiedererlangung der vollen Gleichberechtigung unseres Vaterlandes, und eine Wiederbeteiligung Deutschlands an der Erschließung unentwickelter überseeischer Länder und der Entwicklung ihrer eingeborenen Völker liegt auch im Interesse der anderen Nationen. Es gilt jetzt, jeden Anlaß wahrzunehmen, der uns diesem Ziele näherführt.

Der Völkerbund in Nöten.

Der chinesische Außenminister droht mit Abberufung der Genfer Abordnung.

— Schanghai, 18. Januar. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat der chinesische Außenminister Lowenkan in einer Presseunterredung erklärt, daß die Nankingregierung durch die Schwäche und Unentschlossenheit des Neunzehnerausschusses des Völkerbundes tief enttäuscht worden sei. Wenn der Völkerbund versuchen sollte, China eine unannehmbare Lösung aufzudrängen, dann werde die chinesische Abordnung in Genf die Anweisung erhalten, eine feste und entschlossene Haltung einzunehmen. Dann werde die Frage der Abberufung der chinesischen Abordnung aus Genf aktuell werden.

Anschlag auf Oesterreich?

Frankreich will angeblich die ewige Neutralisierung Deutsch-Oesterreichs vorschlagen.

London, 19. Januar.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" weiß zu melden, die französische Regierung erwäge einen neuen Plan, der darauf abziele, Deutsch-Oesterreich den Anschluß endgültig unmöglich zu machen. Deutsch-Oesterreich soll danach nach dem Vorbild der Schweiz für ewige Zeiten neutral erklärt und in dieser Eigenschaft vom Völkerbund garantiert werden.

Vertrauliche Besprechungen über diesen Gegenstand, meint das Blatt weiter, seien in mindestens drei Hauptstädten im Gange. Es sei noch nicht gewiß, wann der erste offene Schritt erfolgen werde. Das Hauptziel einer solchen Politik würde sein, für alle Zeiten den Anschluß und wahrscheinlich auch eine Zoll- und Wirtschaftsunion zwischen Deutsch-Oesterreich einerseits und Deutschland oder Italien andererseits zu verhindern. Die letzte Debatte in der französischen Deputiertenkammer über die neue französische Anleihe an Oesterreich habe die französische Regierung davon überzeugt, daß der Widerstand des französischen Parlaments gegen jede künftige Anleihe für Oesterreich unüberwindlich sein wird.

Industrietag zur Wirtschaftslage

Berlin, 19. Januar.

Der Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages beschäftigte sich unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Grund mit den Notlageerscheinungen im Einzelhandel. In der Besprechung wurde festgestellt, daß manche Anzeichen auf eine Milderung der Krise hindeuteten.

Es müsse aber von der Seite der Staatspolitik her unter Zurückstellung innerpolitischer Machtkämpfe alles ferngehalten werden, was das Vertrauen störe. Hierzu sei es unerläßlich, daß die seit einigen Monaten eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Grundlinien klar und sicher weiter verfolgt werden. Hierzu gehöre auch, daß die deutsche Handelspolitik die Wege der deutschen Ausfuhr offenhalte.

Bei aller Notlage in der Landwirtschaft sei es falsch, es so darzustellen, als wenn sie im ganzen vor dem Erliegen stünde oder die Not in ihr schlimmer wäre als in der gewerblichen Wirtschaft mit ihrer Fülle von Zusammenbrüchen und dem Elend der Arbeitslosigkeit. Eine Hemmung ausländischer Einfuhr derart, daß hierdurch die deutsche Ausfuhr von Fertigwaren beeinträchtigt würde, widerspräche dem ersten Erfordernis dieser Zeit, der Förderung der Arbeitsbeschäftigung. Der Vorstand trat daher einmütig dem scharfen Protest seines Präsidenten bei und forderte von der Regierung eine aktive Politik der Ausfuhrförderung.

Schwere politische Schlägerei.

— Leipzig, 18. Januar. In Stötteritz kam es Mittwoch abend zwischen Angehörigen der NSDAP und Angehörigen der SPD, die sich beide auf dem Marsch nach Probstheida befanden, zu einer Schlägerei, in deren Verlauf, wie das Polizeipräsidium mitteilt, etwa 10 Schüsse fielen. Zwei SPD-Leute mit schweren Schußverletzungen wurden dem Krankenhause St. Jakob zugeführt, ebenso zwei NSDAP-Angehörige, die Schläge auf den Kopf erhalten hatten. Ein SPD-Mann wurde festgenommen.

Vollstreckungsschutz-Verordnung

Erläuterung der neuen Bestimmungen durch den Reichsjustizminister.

Die vom Reichskabinett verabschiedete und vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnete Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz ist nunmehr veröffentlicht worden. Ueber den Inhalt der neuen Verordnung unterrichtete eine Mitteilung, die zugleich eine Uebersicht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes enthält. Darin heißt es:

Durch die Verordnungen vom 8. Dezember 1931 mit den Aenderungen vom 14. Juni und vom 27. September 1932 wurde für das gesamte Reichsgebiet zweimal eine Vollstreckungseinstellung für je sechs Monate gewährt.

Die neue Verordnung sieht jetzt die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor. Die zweite und dritte Einstellung sollen aber ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrages mit wiederkehrenden Leistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstande ist.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird, im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß der Teil der Wirtschaftsperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträgnisse zu erzielen, der kommende Herbst ist, ein erweiterter Vollstreckungsschutz gewährt:

Ausdehnung der Einstellungsdauer auf mehr als sechs Monate bis längstens 31. Oktober 1933; Unzulässigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe von 1½ Jahresraten. Ferner ist der Mobiliarvollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe, der bisher bis zur Ernte 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Ernte bis zum Jahre 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsschutz umfaßt das bewegliche Vermögen, das Zubehör und die noch im Besitze des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstücks. Voraussetzung für den Schutz ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt.

Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden. Insbesondere kommt der Schutz dem Pächter zugute.

In einer Sondervorschrift ist jetzt dieser Schutz auf Wein ausgedehnt, der ausschließlich aus Trauben hergestellt ist, die im Betriebe des Schuldners gewonnen sind.

Im Anschluß an die Veröffentlichung der neuen Verordnung empfing

Reichsjustizminister Gürtner

Vertreter der Presse. Der Minister führte u. a. aus, durch alle Spezialbestimmungen hindurch ziehe sich die Erkenntnis, daß es sich um eine vorsichtige, mit den Interessen sowohl des Gläubigers wie des Schuldners gerade noch verträgliche Schadensverteilung handele. Die neue Notverordnung habe in ihrem Vorbereitungsstadium allerlei Aufregungen verursacht. Von den Interessenten seien Wünsche vorgebracht worden, die keine Rechtsordnung befriedigen könne. Es seien aber auch von seiten der Betroffenen Befürchtungen geäußert worden, die sich als grundlos erweisen würden.

Es handele sich bei den neuen Vorschriften zunächst um eine Fristverlängerung, die für die Landwirtschaft unentbehrlich sei.

Die Verordnung enthalte sodann eine Erweiterung des Begriffes der Notstandsgruppe. Wetterschäden, Viehschäden und Preissturz seien die drei Risiken, die man heute nicht voll auf die Schulter des Schuldners legen könne, sondern auf den Gläubiger in Form einer Stillehaltung mit abwälzen müsse. Diese Bestimmung beziehe sich nicht mehr ausschließlich auf die nur vieherzeugende Landwirtschaft, sondern auch auf die Gemischtwirtschaft. Der Minister erwähnte dann noch die Bestimmungen über den Mobiliarvollstreckungsschutz und die neuaufgenommenen Schutzbestimmungen für die Winzer.

Zum Schluß erklärte der Minister zusammenfassend, die neue Notverordnung halte daran fest, daß die Wirkungen des Sicherungsverfahrens in der Osthilfe nicht erweitert würden, sondern daß nach abgeschlossenem Sicherungsverfahren auch jeder Zwangsvollstreckungsschutz aufhöre.

Gegenwärtig unterliegen dem Sicherungsverfahren, wie der Minister noch mitteilte, etwa 60 000 bis 70 000 Betriebe.

Reichsgründungsfeier im Landtag

Gedenkrede des Präsidenten Kerrl. — Ein Flaggenzwischenfall.

Berlin, 19. Januar.

Präsident Kerrl eröffnete die Plenarsitzung des Preußischen Landtags mit einer kurzen Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Am 18. Januar 1871, vor nunmehr 62 Jahren, wurde im Spiegelsaal zu Versailles der erste deutsche Kaiser gekrönt und damit ein Werk vollendet, das nicht etwa nur den Gegenstand einseitigen Strebens ebenso erfolgreicher wie erfahrener Politiker und Feldherren gebildet hatte, sondern in Wirklichkeit entstand damit ein Reich, das Jahrhunderte hindurch die herzensheiße Sehnsucht der Deutschen aller Stämme erträumt hatte.

Vielleicht wäre dieses Reich nur eine Utopie geblieben, wenn nicht das Fürstengeschlecht der Hohenzollern sich zum Träger der Idee der Deutschen aufgeworfen hätte und mit überragendem Führerwillen in kraftvoller Staats- und Feldherrnkunst zunächst dadurch die Vorbedingungen für die Einheit schufen, daß sie mit nie nachlassender Tatkraft den preußischen Staat zu einer nach innen und außen kraftvoll wachsenden Einheit zusammenhämmerten.

Zur Verteidigung dieser Einheit, zu der alle Deutschen blutsmäßig vorher bestimmt sind, zogen wir letzten Endes 1914 in den Weltkrieg, und unter der Fahne des Bismarckschen Reiches Schwarz-weiß-rot kämpfte die ruhmreichste Armee, von der je die Weltgeschichte meldete.

Es war mir ein tiefempfundenes Herzensbedürfnis, am heutigen Tage auf dem Preußischen Landtage zum Gedenken der Millionen der besten Deutschen, die unter dieser Fahne für Deutschlands Einheit ihr Herzblut hingaben, auch die Flagge Schwarz-weiß-rot zu hissen.

Nur ein Volk, das verständnisvoll seine Geschichte miterlebt und das Große der Vergangenheit ehrt, wird die Kraft besitzen, auch in schwerster Notzeit sich organisch weiter zu entwickeln und die bewußt oder unbewußt in den Massen des Volkes gärende Sehnsucht zu ihrer Verwirklichung führen können. Auf den Schultern unserer Generation ruht eine unerhörte Verantwortung. Die bisher erreichte äußere Einheit muß durch uns zu einer Einheit aller deutschen Stämme, zu einem wirklichen Großdeutschland werden, und aus der äußeren Einheit muß in Gemäßheit der alle Deutschen verbindenden Blutsgemeinschaft die innere Einheit, die wahrhafte Volkwerdung der gesamten Nation heranwachsen.

Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Abgeordneten hatten sich zu Beginn der Ansprache aus dem Plenarsaal entfernt; die Abgeordneten der übrigen Fraktionen hörten die Rede stehend an.

Nach der Rede kehrten die Abgeordneten der SPD. und der KPD. in den Saal zurück. Abg. Jürgensen (Soz.) forderte die sofortige Beratung eines Antrags, der sich dagegen richtete, daß Präsident Kerrl auf dem Landtagsgebäude die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt hat. Von nationalsozialistischer Seite wurde gegen diesen Antrag Stellung genommen.

Der Rest der Sitzung war der Aussprache über Schulfragen und Abstimmungen gewidmet. Die Deutschnationalen beteiligten sich nicht an der Abstimmung, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Regierung Braun keine Amtsbefugnis zusprechen.

Angenommen wurden Anträge des Hauptausschusses, wonach die Wirtschaftsführung der preußischen Staatstheater durch eine Kommission geprüft und Mittel für die Aufrechterhaltung der Grenztheater in Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Schlesien und im Rheinland sowie für die Wanderbühnen bereitgestellt werden solle.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, eine weitere Stillegung von Schachtanlagen der Zeche Rheinpreußen zu verhindern. Zur Nachprüfung der Zustände in den Fürsorgeanstalten wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Schließlich setzte der Landtag noch einen fünfzehngliedrigen Untersuchungsausschuß ein, der u. a. die Zahl der Zechenstillegungen seit 1925 und der in diesem Zusammenhang entlassenen Arbeiter und Angestellten feststellen soll.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Roosevelt, wird am Freitag eine neue Unterredung mit dem amtierenden Präsidenten Hoover haben.

Bethel.

— Seidener Damenschal gefunden.

Abzuholen Lastweg 19.

Freude ins Haus
bringt ein **Photo-Apparat!**
Photo-Arbeiten — Qualitäts-Ausführung
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher
beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld



BETTFEDERN
1 Pfd. graue 0.50 M., halbweiße 1.25 M., weißer Rupf 1.90 M., Spezialität 2.25 M. u. 2.70 M. Landrupfmischung 4.90 M., graue Daunen 5.50 M., weiße Daunen 6.50 M. u. 7.20 M. Oberbetten 14.— M., Kissen 4.50 M. Muster u. Preisliste umsonst. Von M. 20.— an franko. Nichtpassendes — Geld zurück.
Josef Christl Nachfolger, Cham 315 (Bayern)

Allgäuer Teppiche
Im Anstaltsgebiet von Bethel werden von Erwerbslosen Teppiche in jeder Größe, Läufer und Bettvorleger in Allgäuer Art aus Flicken handgewebt und preiswert verkauft. Wünsche in Bezug auf Farbgebung können berücksichtigt werden. Bitte unterstützen Sie uns durch Bestellungen.
Anfragen an:
Frau Pastor Fritz von Bodelschwingh
Bethel, Königsweg 3.

Abiturientin sucht zu Ostern
Stelle
zur Erlernung des Haushalts.
Hansen, Kiel, Eckernf. Chaussee 41.

Eisu Metall- u. Holz-**Betten** Schlafsofas Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden Teil. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Haushaltungsschule und Haushaltpflegerinnen-Lehrgang
der Westfälischen Diakonissenanstalt „Sarepta"
in **Bethel bei Bielefeld** (staatlich anerkannt).

1. **Haushaltungsschule** (alle Berechtigungen der Frauenschule). Gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung für Töchter evangelischer Familien, Vertiefung der Allgemeinbildung, Erziehung zu christlichen Persönlichkeiten. Durchbildung zum Beruf der Hausfrau, hauswirtschaftliche Vorbildung zum Beruf der Kindergärtnerin, Hortnerin, Haushaltpflegerin . . . .
2. **Halbjährige Sonderkurse für Abiturientinnen.** Beginn der Kurse April und Oktober.
3. **Einjähriger Lehrgang für Haushaltpflegerinnen** (Wirtschaftsleiterinnen) mit staatlicher Abschlußprüfung.

Näheres durch die Leitung der Schule.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.